

Brückenbauer in Sachen Kultur und Sprache

In Pegnitz gibt es insgesamt acht Kulturdolmetscher. Sie beherrschen zusammen zehn verschiedene Sprachen. Zwei von ihnen wurden dieses Jahr in Bad Berneck ausgebildet. Vergangenes Jahr wurden in Pegnitz 13 Kulturdolmetscher geschult.

Von Frauke Engelbrecht

PEGNITZ. Was sind Kulturdolmetscher und was machen sie? – Diese Frage beantwortete Jiamina Simayi, die Integrationsbeauftragte von Pegnitz. In der Sitzung des Stadtrates Pegnitz stellte sie die Kulturdolmetscher und ihre Aufgaben vor.

„Im Landkreis Bayreuth gibt es insgesamt 32 Kulturdolmetscher“, sagte sie. Davon gibt es in Pegnitz acht. Vergangenes Jahr wurden erstmals 13 von ihnen in Pegnitz geschult, in diesem Jahr fand die Ausbildung in Bad Berneck statt. „Die Kulturdolmetscher in Pegnitz sprechen zusammen zehn Sprachen“, so Simayi, „Deutsch, Russisch, Türkisch, Dari, Persisch, Ukrainisch, Arabisch, Kurdisch, Chinesisch und Englisch.“ Die Integrationsbeauftragte, die in China geboren und aufgewachsen ist, seit 2019 in Bayreuth lebt, hat das Amt seit April dieses Jahres inne. Sie ist die Nachfolgerin von Ardiana Shala Xerxa. Simayi hat in China zwei Jahre im Konsulat gearbeitet und spricht sieben Sprachen, davon fünf fließend in Wort und Schrift. Und sie wurde auch zur Kulturdolmetscherin ausgebildet, hat in diesem Rahmen unter anderem Vorträge über das deutsch-chinesische Familienleben in Deutschland gehalten.

„Die Kulturdolmetscher sind Kultur-Brückenbauer, die nicht nur sprachliche, sondern auch kulturelle Übersetzungen leisten“, sagt Simayi, „sie helfen dabei, kulturelle Unterschiede und Missverständnisse zu überbrücken.“ Sie erklären kulturelle Zusammenhänge, unterstützen Migranten bei der Eingewöhnung in die neue Gesellschaft und helfen in verschiedenen Bereichen bei der sprachlichen Übersetzung.



Integrationsbeauftragte Jiamina Simayi (Mitte) stellte dem Stadtrat die Kulturdolmetscher Alexej Iokato (links) und Bunyad Hasani (rechts) vor. Insgesamt gibt es in Pegnitz acht Kulturdolmetscher.

Foto: Frauke Engelbrecht

„Kulturdolmetscher können gerade auf kommunaler Ebene erhebliche Vorteile bringen“, sagt Simayi, „sie verbessern beispielsweise den Zugang zu städtischen Dienstleistungen und sozialen Systemen.“ Aber sie sorgen auch für reibungslosere Abläufe in

den Stadtverwaltungen und bei den sozialen Diensten und stärken den Zusammenhalt durch enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsmanagement sowie dem Unterstützungskreis der Stadt, so Simayi weiter. „Damit tragen sie zur Förderung des gegenseitigen

Verständnisses und Respekts zwischen den verschiedenen Kulturgruppen bei.“

Weiter helfen sie bei Angelegenheiten in Behörden und öffentlichen Einrichtungen, im Gesundheitswesen oder in Schulen und Kitas bei der Kommunikation zwischen

Lehrkräften und Eltern, die eventuell die Sprache nicht verstehen. „Und sie helfen im Pegnitzer Unterstützterkreis, indem sie sprachliche Barrieren überwinden und sicherstellen, dass die Klienten alle benötigten Informationen erhalten“, sagt Simayi.

Die Kulturdolmetscher würden sowohl in Pegnitz, als auch im gesamten Landkreis Bayreuth häufig angefragt werden. Die Integrationsmanagerin berichtete von positiven Rückmeldungen. Man habe in dieser Rolle die Möglichkeit, verschiedene Aspekte des interkulturellen Austauschs und der Unterstützung „in einer kleinen, aber vielfältigen Stadt zu erleben.“ Ziel sei es Sprachbarrieren zu überwinden und kulturelle Missverständnisse zu vermeiden, um die Integration und Kommunikation in der Gemeinschaft zu fördern.

Lob für Engagement

„Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass sich immer mehr Personen ehrenamtlich um die Integration von Migranten kümmern“, lobte Bürgermeister Wolfgang Nierhoff (PEG) das Engagement der Kulturdolmetscher.

Werner Lappat (CSU) fragte nach, welche Grundlagen insbesondere bei den Sprachkursen und Arbeitsvermittlungen greifen? „Die Integrationsarbeit in Pegnitz läuft seit Jahren gut“, so Jiamina Simayi, „die bereits erstellten Grundlagen will ich verstärken.“ Die Kulturdolmetscher bemühen sich in den meisten Fällen um die Vermittlung, so Susanne Bauer (GU), seien dabei aber abhängig von den richtigen Schritten an anderen Stellen.

„Wir sollten eine Plattform schaffen und als Stadt aktiv integrieren“, ergänzte Lappat. Als Beispiel nannte er das Thema Versicherungen für Bürger mit Migrationshintergrund. „Was tun wir dafür?“ Simayi sagte zu, diese Frage mitzunehmen.

Hilfsfristen werden eingehalten

PEGNITZ. Die FWG-FW-Fraktion hatte beantragt, die Hilfsfristen für die Ortsteile Oberhauenstein und Hollenberg zu überprüfen.

„Die Einhaltung der Hilfsfrist von zehn Minuten durch die Feuerwehr im Stadtgebiet gestaltet sich wegen teils nicht ausgebauter Zufahrtsstraßen schwierig“, so Bürgermeister Wolfgang Nierhoff. Nun habe man die Information erhalten, dass für die Feuerwehr Püttlach ein TSF-Wasser angeschafft werden soll. Dies hätte ein Wassertankvolumen von 500 Litern, vier Atemschutzgeräte und eine Anfahrsstrecke nach Oberhauenstein von 3,3 Kilometern. „Die Püttlacher Wehr kann künftig die Hilfsfrist für Oberhauenstein sicherstellen“, so Nierhoff. Die Hilfsfrist für Hollenberg kann durch die Pegnitzer Wehr eingehalten werden. Die Anfahrsstrecke beträgt 4,4 Kilometer durch Nutzung eines ausgebauten Flurbereinigungsweges. fe

Wie schon so oft übte Hans Hümmer (FWG) Kritik an den Jahresabschlüssen für Abwasserwerk und Freizeitpark/Windpark.

Von Frauke Engelbrecht

PEGNITZ. Eigentlich klangen die Punkte auf der Tagesordnung zur Stadtratssitzung am Mittwochabend harmlos. Es ging um die Feststellung der Jahresabschlüsse für die beiden städtischen Eigenbetriebe Abwasserwerk und Freizeitpark/Windpark. Bereits im August hatte der Werkausschuss in seiner Sitzung vorberatend über die vorgelegten Prüfungsberichte beraten und beschlossen. Nun musste der Stadtrat dies noch feststellen.

Bürgermeister Wolfgang Nierhoff (PEG) trug dem Gremium für die Jahre 2020, 2021 und 2022 die Jahresabschlüsse, die Bilanz-

summe in Aktiva und Passiva vor. „Die Bilanzen und Prüfungstestate – Bestätigungsvermerke – sind alle falsch“, sagte Hans Hümmer (FWG). Die Stadt habe keine Gebühren ans Abwasserwerk gezahlt. Dem widersprachen Bürgermeister und Geschäftsleiterin Daniela Körber nachdrücklich. „Es wurden über Jahre weniger Straßenentwässerungsbeiträge gezahlt, um den städtischen Haushalt zu entlasten“, so Körber, „die Bilanz zeigt nur, was mit dem Geld gemacht wurde, sie ist aber nicht falsch.“

„Wie sollen wir mit der Feststellung umgehen, wenn die Bilanzen falsch sind?“, wollte Thomas Schmidt (FWG) wissen, „wenn sie falsch sind, müssen wir schauen, ob der Prüfer Fehler gemacht hat oder ob schon vor Jahren auf Fehler hingewiesen wurde.“ Man könne aber nicht aktuell die Entlastung erteilen, es sei ein schwebendes Verfahren. „Wir stellen uns auf die rechtlich schlechtere Stufe,

wenn wir jetzt Entlastung erteilen“, sagte er. Der Leiter des Abwasserwerks, Joachim Kroher, habe bei der Sitzung des Werkausschusses alles genau erklärt und es wurde abgestimmt, so Christina Wellhöfer (PEG). „Darauf vertraue ich“, betonte sie. „Ich möchte mir nicht immer wieder Ihre Ausführungen anhören“, wandte sie sich an Hümmer. Es könne jeder für sich entscheiden, wie er abstimme. Das unterstrich auch Nierhoff. „Ich rüttel nicht an den Beschlussvorlagen und lasse die so abstimmen wie vorgelegt“, sagte der Bürgermeister. Er habe Vertrauen in die Prüfer und vor allem in den Leiter des Abwasserwerks.

„Wir haben redliche Ziele und wollen Fehler aus der Vergangenheit heilen“, unterstrich Sandra Huber (GU), „wir wollen die optimale Lösung.“

Und so fielen die Beschlüsse für die Feststellung der Jahresabschlüsse sowie die Ent-

lastung der Werkleitung mit 12:7 aus. Dagegen stimmten Hans Hümmer, Thomas Schmidt, Heike Lindner-Fiedler (FWG), Elvira Looshorn (FW), Stefan Krieg, Werner Lappat und Kilian Dettenhöfer (alle CSU).

Und auch als es um den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Freizeitpark/Windpark ging, herrschte Uneinigkeit. Der Jahresabschluss war in der Sitzung des Werkausschusses vorgelegt worden. „Hier sind die Bilanzen auch falsch“, so Hümmer. Schmidt stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, dass nicht wie in der Beschlussvorlage festgehalten, der Bayerische Kommunale Prüfungsverband mit der Durchführung der handelsrechtlichen Abschlussprüfung beauftragt wird, sondern die Nürnberger Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Rödel & Partner.

Dem wurde mit 16:5 – die CSU-Stadträte Regina Schrembs und Manfred Vetterl waren verspätet gekommen – zugestimmt.

Wie die Parkplatzsituation verbessern?

Der Stadtrat befasste sich mit einem Antrag von Claus Spieler (FW) zu einer Stellplatzsatzung. Spieler selbst war bei der Sitzung nicht anwesend.

Von Frauke Engelbrecht

PEGNITZ. „Das Parken auf öffentlichen Straßen wie beispielsweise in der Innenstadt nimmt überhand“, hatte Spieler in seinem Antrag an den Stadtrat angeführt. Deshalb frage er an zu prüfen, ob durch den Erlass einer Stellplatzsatzung die Anzahl der nachzuweisenden Zahl der Stellplätze erhöht werden könne. Bislang gibt es in der Stadt keine Stellplatzsatzung, deshalb sind die notwendigen Regelungen in der Garagen- und Stellplatzverordnung Grundlage für die Zahl der notwendigen Stellplätze, erklärt die Verwaltung. „Demnach sind bei Wohngebäuden ein Stellplatz je Wohnung nachzuweisen“, so Bürgermeister Wolfgang Nierhoff (PEG).

Es sei nun aber möglich, dass im Zusammenhang mit dem Bestreben nach Entbürokratisierung und Deregulierung der Bayerischen Staatsregierung eine Stellplatzsatzung erlassen werde, so der Bürgermeister weiter. Darauf wiese ein Schreiben des Bayerischen Gemeindetages und des Bayerischen Städtetages hin. Außerdem habe die Staatskanzlei einen ersten Entwurf eines Modernisierungsgesetzes vorgelegt. „Dieser beinhaltet zentrale Änderungen der Bayerischen



Das Parken in der Innenstadt nimmt überhand, findet Stadtrat Claus Spieler von der FW-Fraktion.

Foto: Klaus Trenz

Bauordnung“, sagte Nierhoff, „unter anderem soll die Stellplatzpflicht für Autos kommunalisiert und die staatlich angeordnete Stellplatzpflicht gestrichen werden.“ Kommunen könnten zwar durch den Neuerlass einer Stellplatzsatzung die Stellplatzpflicht wieder einführen, der Stellplatzschlüssel der Garagen- und Stellplatzverordnung stelle dann aber in Zukunft die Obergrenze dar, so Nierhoff. „Demnach könnte durch den Erlass

einer Stellplatzsatzung in Pegnitz keine höhere Zahl von Stellplätzen als bisher gefordert werden“, machte der Bürgermeister deutlich.

Der Stadtrat stimmte geschlossen dem Beschlussvorschlag, mit einer Entscheidung für eine eventuelle Stellplatzsatzung zu warten, bis das Gesetzgebungsverfahren für ein erstes Modernisierungsgesetz abgeschlossen ist.

Neue Feuerwehrautos

Mit zwei Ersatzbeschaffungen bei der Feuerwehr in Buchau beziehungsweise in Hainbronn befasste sich der Stadtrat in seiner Sitzung.

Von Frauke Engelbrecht

PEGNITZ. Für die Feuerwehr Buchau soll ein Ersatz für das Tragkraftspritzenfahrzeug – TSF – angeschafft werden. „Die Feuerwehr tendiert eher zu einem TSF-Logistik“, sagte Bürgermeister Wolfgang Nierhoff (PEG). Hier sei man in der Beladung flexibler, beispielsweise bei Rollwagen und Gitterboxen. „Im Feuerwehrhaus Pegnitz gibt es davon schon viele“, so Nierhoff, „sie können je nach Einsatz auch von der Buchauer Wehr eingesetzt werden.“ Da sich im Schutzbereich der Feuerwehr Buchau sowohl eine Bundes- als auch eine Kreisstraße befindet, werde sie immer häufiger zu Einsätzen alarmiert. „Die Sicherheit der Kameraden ist hierbei oberstes Gebot“, so der Bürgermeister. Es könnten dafür mehr Ausrüstungsgegenstände für die Verkehrsabsicherung auf einem Rollwagen in einem Tragkraftspritzenfahrzeug-Logistik verladen werden.

Im diesjährigen Haushalt sind für die Anschaffung eines TSF für die Feuerwehr Buchau bereits 155 000 Euro eingestellt. Für ein TSF-Logistik fallen Gesamtkosten von 185 000 Euro an, welche die Stadt erst mal zahlen müsse, bevor es eine Förderung von 34 850 Euro gibt. Die Förderung für ein TSF-

Logistik beträgt 60 060 Euro. Deshalb schlage die Verwaltung vor, die Anschaffung eines TSF-Logistik zu genehmigen und 30 000 Euro als überplanmäßige Ausgabe einzustellen.

„Haben wir Haushaltsausgabereste für den Betrag?“, wollte Hans Hümmer (FWG) wissen, „wenn nicht, ist das haushaltsrechtlich nicht zulässig.“ „Wir müssen sparen“, betonte Sandra Huber (GU), „wir stellen Buchau ein neues TSF zur Verfügung.“ Man müsse Grenzen setzen, deshalb plädiere sie für die günstigere Variante. „Ein TSF-Logistik wäre bei Unfällen die bessere Lösung“, war die Meinung von Heike Lindner-Fiedler (FWG), „wir schmeißen bei anderen Feuerwehren das Geld zum Fenster raus, die bekommen, was sie wollen.“ Dem widersprach der Bürgermeister, es würden die Feuerwehren nicht unterschiedlich behandelt. „Wir entscheiden, was Sinn macht und haben vorher mit dem federführenden Kommandanten Roland Zahn gesprochen.“

Mit den Gegenstimmen von Huber und Susanne Bauer (beide GU) stimmte der Stadtrat der Anschaffung eines TSF-Logistik zu, das Geld soll aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden.

Ebenso wird bei der Beschaffung eines TSF-Wasser für die Feuerwehr Hainbronn verfahren. Da es in der Vergangenheit zu Preiserhöhungen gekommen ist, müssen die Mittel entsprechend angepasst werden. Die Anschaffungskosten liegen bei 280 000 Euro, die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 80 000 Euro werden den Rücklagen entnommen.